

Steinbach-Streit ist Merkel-Sache

Der Streit um Erika Steinbach und die Besetzung des Stiftungsrates der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zeigt die Zerstrittenheit von Schwarz-Gelb bei wichtigen sachpolitischen Fragen.

Es ist klar: Außenminister Westerwelle muss bei seinem Nein zur Person Steinbach bleiben, um seine Glaubwürdigkeit zu bewahren und die deutsch-polnischen Beziehungen nicht dauerhaft zu belasten. Die Kanzlerin will aber das konservative Lager der Union nicht vergrätzen. Sie verzögert weiterhin jede Entscheidung für (und damit gegen Westerwelle) oder gegen Steinbach (und damit gegen das konservative Lager in der Union). Die Verantwortung liegt allein bei ihr. Merkel muss entscheiden, was ihr wichtiger ist: Ein von Vertrauen und gegenseitigem Respekt geprägtes Verhältnis Deutschlands zu Polen oder die Interessen der Konservativen ihrer Partei.

Dieser Streit beschädigt auch die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. In der Großen Koalition hatten sich SPD und Union darauf verständigt, „im Geiste der Versöhnung auch in Berlin ein sichtbares Zeichen“ zu setzen. Unter dem Dach des Deutschen Historischen Museums soll die unselbstständige Stiftung errichtet werden. Mit jedem weiteren Tag des Streits wird ihr Zweck, zur gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte und zur Versöhnung beizutragen, fragwürdiger.

Die SPD fordert die Kanzlerin auf, den Streit zu beenden und keine dauerhafte Belastung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Polen zu riskieren.

Rundfunkfreiheit stärken

Der ZDF-Verwaltungsrat hat am 27. November – wie erwartet – der vom ZDF-Intendanten vorgeschlagenen Vertragsverlängerung für ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender nicht zugestimmt. Die SPD hatte die erneute Berufung Brenders unterstützt und an die ZDF-Verwaltungsratsmitglieder appelliert, die verfassungsrechtlich garantierte Rundfunkfreiheit zu achten. Dem folgten die unionsorientierten Verwaltungsratsmitglieder mehrheitlich leider nicht.

Der Vorsitzende des ZDF-Verwaltungsrates, Ministerpräsident Kurt Beck, machte deutlich, dass in der Sitzung kein stichhaltiges Argument gegen den Vorschlag des Intendanten genannt wurde. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die parteipolitisch motivierte Entscheidung des ZDF-Verwaltungsrates scharf kritisiert. Durch das Verhalten der Union werden die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Garantie der Staatsferne grundsätzlich infrage gestellt.

Am 4. Dezember haben Kurt Beck und die anderen SPD-Ministerpräsidenten konkrete Änderungsvorschläge zum ZDF-Staatsvertrag vorgelegt. Diese werden von der SPD unterstützt und von den Medien sowie zahlreichen Staats- und Verfassungsrechtlern begrüßt. Auch mit Blick auf das ZDF und die dort tätigen Journalistinnen und Journalisten ist es richtig, zunächst eine Änderung des ZDF-Staatsvertrages vorzuschlagen, bevor ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beantragt wird. Wenn alle Länder mitziehen, kann eine Vertragsänderung schneller zum Ziel und zu Rechtssicherheit führen.

Kurt Beck wird die Änderungsvorschläge zum ZDF-Staatsvertrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Rundfunkkommission der Länder am 15. Februar 2010 setzen. Der Vertrag könnte bei konstruktiven Verhandlungen bereits im nächsten Jahr geändert werden. Um den politischen Veränderungswillen der SPD zu unterstreichen und für den Fall, dass die Unionsgeführten Länder die Vertragsänderung zurückweisen, bereitet die SPD-Bundestagsfraktion ein Normenkontrollverfahren bereits vor. Dann soll der ZDF-Staatsvertrag auf seine Vereinbarkeit mit Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden. Ziel ist es, zukünftig eine sachlich begründete Entscheidung gegenüber einem inhaltlich nicht zu beanstandenden Personalvorschlag des ZDF-Intendanten auszuschließen und die Unabhängigkeit des ZDF wieder auf eine rechtlich solide Grundlage zu stellen.